Nr. 247 • Ausgabe B Nr. 122
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 247

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 28. Mai 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die vertagte Konferenz in Boulogne.

Nicht vor dem 15. Juni.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 28. Mai.

Die Konferenz in Boulogne wird, wie heute verlautet, **nicht vor dem 15. Juni** stattfinden. Die Engländer haben angesagt, an welchem Tage Briand zur Verhandlung bereit sei, und Antwort soll heute erfolgen. Ein bestimmtes Datum dürfte nicht vorgeschlagen werden, da Briand seinen Plan, ein vollständiges, von Rechtskundigen und Ingenieuren ausgearbeitetes Programm nach Boulogne mitzubringen, unter allen Umständen ausführen will. Bei dieser Konferenz soll, wie der „Petit Parisien" mitteilt, eine strenge Absperrung gegen die Presse durchgeführt werden! Es wird davon gesprochen, keinem Journalisten den Zutritt zu dem Hause zu gestatten, in dem die Beratungen abgehalten werden. Inzwischen hat sich die Presse schon im voraus schadlos, indem sie alle diplomatischen Geheimnisse erzählt, über die vorläufig beraten wird. Heute früh soll sich die Botschafterkonferenz mit dem genannten „Uebergangsplan" beschäftigen, der darin besteht, den Deutschen und den Polen die Gebiete zu überweisen, die jeden Zweifel deutsch oder polnisch sind und das strittige Industriegebiet durch alliierte Truppen besetzen zu lassen, bis eine friedliche Entscheidung möglich ist. Dieser Plan ist die Abänderung eines englischen Vorschlages, der bei Beginn der Unterhandlungen gemacht wurde und dahin ging, Pleß und Rybnik sofort den Polen zu überlassen und das ganze übrige Gebiet durch die alliierten Truppen gegen polnische Angriffe zu sichern. Der Vorschlag wurde aber von den Franzosen abgelehnt, obwohl bei der Annahme die englischen Verstärkungen wahrscheinlich schon vor dem Schauplatze erschienen wären. Es ist vorauszusehen, daß der Gedanke auch in der abgeänderten Gestalt keine Annahme finden wird. Sforzas Anregung ging von dem Gedanken aus, einen Streit zwischen Frankreich und England zu vermeiden, ist aber in der Pariser Presse bereits heftigen Widerspruch, obwohl ihr Einzelheiten offiziell noch gar nicht bekannt geworden sind. Daß der Plan unter einer vollkommen irrigen Voraussetzung zustande gekommen ist, ergibt die Erläuterung des „Echo de Paris", falls diese zutreffend ist. Hier heißt es, daß Graf Sforza vorschlage, die Teilung Oberschlesiens die Abstimmungsergebnisse zugrunde legen will, die nach der Gesamtstimmenzahl und der Stimmenzahl der Gemeinden berechnet werden sollen. Nach diesem Verfahren wäre die deutsche Mehrheit im ersten Fall weniger als 60 von Hundert, im zweiten weniger als 55 von Hundert betragen, was bekanntlich den wahren Ergebnissen nicht entspricht. Graf Sforza hat also zwei Vorschläge ausgearbeitet; beide gehen aber darauf hinaus, etwa zehn Hundert der polnischen Wähler zu polnischen Landesangehörigen zu machen. Da beide Entwürfe eine Teilung des Industriegebiets zur Folge haben würden, läuft Pertinax im „Echo" bereits jetzt gegen diesen Gedanken Sturm. Er verkündet die Unteilbarkeit des Industriebezirks natürlich unter der Behauptung — daß das Gebiet ganz und ungeteilt polnisch werden müsse!

Der „Petit Parisien" ist in der Lage, einige Angaben zu machen, die jedoch allerdings nur noch historisches Interesse haben: Vorschläge der interalliierten Kommission, die infolge des Telegramms, das Lloyd George am 24. April von Hythe nach London sandte, eilig nach London geschickt wurden. Die Indiskretion, welche diese Vorschläge an die Oeffentlichkeit brachte, gab den Anlaß zum polnischen Aufstand gegeben. Den Vorschlag des Generals Le Rond kennt man: Polen soll nach den Wünschen dieses Herrn außer den ganzen Industriebezirk die Landkreise von Lubninitz und Groß-Strehlitz erhalten; der englische Gegenvorschlag des Generals de Marinis und des Obersten Percival gibt den Polen nur Pleß und Rybnik und einen kleinen Grenzstreifen, während das Industriedreieck Gleiwitz—Beuthen—Hindenburg deutsch bleiben sollte. Außerdem gab es noch einen französischen Ergänzungsvorschlag, der den Polen noch in der Gegend von Hindenburg ein geringes Zugeständnis machte.

Der Vorsitzende der Garantiekommission wird der Franzose Mauclère, Generalkontrolleur der Armee, der zweite französische Delegierte in der Reparationskommission, sein.

London, 28. Mai.

Es verlautet, daß die englische Regierung dafür eintreten wird, Polen und Deutsche zu ermächtigen, den ersten nördlichen, beziehungsweise äußersten südlichen Teil Oberschlesiens sofort zu besetzen. (Wie aus den nachstehenden Meldungen hervorgeht, muß diese Nachricht zunächst mit Vorbehalt genommen werden. Die Red.)

Paris, 28. Mai. (E. E.)

General Le Rond empfing den Vertreter des „New York Herald" Coppein und gab ihm über Oberschlesien folgende Erklärung: „Das ganze Unglück ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die verschiedenen Regierungen meinen Warnungen (?) kein Gehör schenkten. Ich habe 50 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung gefordert. Die französische Regierung stellte mir 13 000 Mann zur Verfügung, während England mir 3000 Mann sandte, die aber wieder zurückgezogen wurden, noch ehe die Unruhen ausbrachen. Gewisse englische militärische Kreise behaupten, daß es mir nur darum zu tun sei, lieber französische, als englische Truppen zugesandt zu erhalten. Diese Behauptungen sind durchaus falsch. Im Gegenteil begrüße ich es, daß nunmehr englische Truppen eintreffen." Le Rond bestreitet, eine persönliche Politik in Oberschlesien zu betreiben. Er habe immer wieder beiden Teilen energisch zugeredet, Mäßigung zu bewahren und die Tatsache anzuerkennen, daß die beiden Rassen miteinander leben müssten. In keiner Weise sei er für eine polnische Mehrheit in Oberschlesien eingetreten. Le Rond wendet sich gegen die Geist, die Polen im Industriegebiet angewendet hat. Die Franzosen hätten Polen keinerlei Ermutigung zuteil werden lassen, trotz der geringen Zahl der vorhandenen französischen Truppen polnische Truppen wiederholt abgewehrt (?). Die französische Regierung sei wegen der Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen wiederholt von ihm gewarnt worden. Der Berichterstatter erwähnte ein, daß die englische und die italienische Regierung bestreiten, eine derartige Warnung nicht erhalten zu haben. Le Rond antwortete darauf: „Ich kann für die Art und Weise nicht zur Verantwortung gezogen werden, in der andere die Situation einschätzen. Die zu erwartenden englischen Bataillone sind nach meiner Auffassung militärisch unbedeutend, polizeilich jedoch werden sie großen Einfluß ausüben, da sie behilflich sein werden, eine neutrale Zone zwischen den Kriegführenden" zu errichten." **Le Rond glaubt nicht, daß die deutsche Regierung für das Eindringen der Freiwilligenkorps zur Verantwortung gezogen werden könne.**

Korfanty hat seine Bereitwilligkeit, die Waffen zu strecken, an folgende Bedingungen geknüpft: Vor allem darf eine Entwaffnung der Insurgenten nicht stattfinden. (!) Die interalliierte Kommission muß die gesamte Verwaltung von Oberschlesien, ebenso wie die Leitung der industriellen Unternehmungen reorganisieren. Alle Spuren des „preußischen Systems" sollen verschwinden. (!) Polen muß einen Anteil an der Ueberwachung der Steuereinnahmen, ferner der Gerichtsbarkeit, der Eisenbahn-, Post und Telegraphen, sowie an allen Gemeindeverwaltungen erhalten. (!!) Korfantys Entschluß ist nach der Erklärung des Korrespondenten der „Chicago Tribune" nicht etwa auf Friedensliebe zurückzuführen, sondern der Führer der Polen habe Furcht vor dem Eintreffen englischer Truppen. Er erklärte, diese seien parteiisch und würden Zusammenstöße herbeiführen.

London, 28. Mai. (W. T. B.)

Laut „Daily Telegraph" ist der vom Grafen Sforza entworfene Plan jetzt den amtlichen Kreisen in London übermittelt worden. Darin werden zwei Alternativlinien vorgeschlagen, von denen jede das Industriedreieck entzweischneiden würde. In London sei man jedoch einer derartigen Teilung durchaus abgeneigt, da sie, wie erklärt wird, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unerwünscht ist und nicht wirklich durchführbar sein würde. Ebenso wird hervorgehoben, daß eine solche Lösung weder Deutschland noch Polen zusagen würde. „Daily Telegraph" zufolge, deutet die Beibehaltung dieser negativen Haltung auf die Meinungsverschiedenheit, die immer noch sowohl vom politischen als auch vom technischen Standpunkt aus zwischen London und Paris bestehe, hin. Angesichts dieser Tatsache würde eine Vorkonferenz von Sachverständigen erforderlich sein, ja sogar unumgänglich nötig werden.

Entspannung in Warschau.

Die Folgen von Briands Rede. — Die Kabinettskrise.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 28. Mai.

Der ersten stürmischen Erregung, die das Einsetzen der deutschen Verteidigungsaktion hervorgerufen hatte, ist wieder die Ebbe gefolgt. Die zwischen Deutschland und den Ententemächten gewechselten Noten und die letzte Rede Briands haben auch den hitzigsten Rufern zum Kriege die Augen dafür geöffnet, daß Frankreichs Liebe nicht so weit geht, ohne weiteres durch polnische Kriegswünschen sich in Abenteuer zu stürzen, die auch anders auslaufen könnten, als die Polen hoffen. Mit ungewohnter Nüchternheit betonte die rechtsstehende „Rzeczpospolita", daß die erste Vorbedingung Frankreichs für das Eintreten für polnische Wünsche die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Oberschlesien sei im Sinne der von Witos abgegebenen Reichstagserklärung über die notwendige Liquidation des Korfanty-Aufstandes. Die Entspannung der aufgeregten Gefühle spiegelt sich auch in dem Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise wieder. Die hochgehende nationale Leidenschaft suchte die Nationaldemokratie auszunutzen, um endlich den großen Vorstoß zur Uebernahme der Regierung zu unternehmen ein Kabinett unter ihrem alten Führer Roman Dmowski zu bilden. Die Beruhigung der Stimmung führte zum erneuten Widerstande der bäuerlichen Mittelparteien gegen diese Ueberrumpelung, und man wollte wiederum unter Witos ein Koalitionskabinett der Mittel- und Linksparteien unter Ausschluß der Sozialdemokraten-, die jede Mitarbeit ablehnen, aufstellen. Nicht rasch genug kamen die Parteiberatungen zum Abschluß, daher ist die Regierungsbildung in letzter Stunde verhindert worden, da die Nationaldemokraten die ihnen nahestehenden christlichen Demokraten veranlaßten, einem neuen Witos-Kabinett die Gefolgschaft zu verweigern, ohne die es keine parlamentarische Mehrheit zusammenbringen kann. Diese Lage ist entstanden, da die Nationale Arbeiterpartei, auf die sich das bisherige Witos-Kabinett mit stützen konnte, sich durchaus auf die offene Unterstützung Korfantys festgelegt hat. So sieht sich die Witos-Partei, die nach Zahl und Einfluß auf der Diagonale der Parteikräfte liegt, im Augenblick in einer „splendid isolation", sofern nicht morgen entweder auf der Rechten oder auf der Linken, trotz aller Festlegungen, ein erhebliches Einlenken erfolgt, kann gerade im jetzigen Moment niemand in Polen eine Regierung zusammenbringen. Die Entspannung der durch Korfanty geschaffenen Situation in dem Sinne, daß man sich mit dem diplomatischen Kampfe begnügen will, um den erhofften Nutzen aus dem erwünschten Aufstande zu ziehen, zeigt sich deutlich auch in dem Verhalten der Finanzkreise.

Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister beschlossen?

Wie die P. P. N. hören, steht die Besetzung des Postens eines Wiederaufbauministers unmittelbar bevor und dürfte endgültig im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Es kann heute keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Walter Rathenau an die Spitze des durch die Annahme des Ultimatums künftighin außerordentlichen bedeutsamen Wiederaufbauministeriums treten wird. Eine Bestätigung dieser Meldung war an amtlicher Stelle nicht zu erlangen. Es trifft aber zu, daß die Entscheidung morgen fallen wird.

Die Verschleppung der oberschlesischen Frage.

Von

Erich Dombrowski.

Der Versailler Friedensvertrag sieht, trotz der Wilsonschen Grundsätze, mehrere Grade von Annexionen vor. Direkte und indirekte. Die direkten sind im Grunde genommen nichts anderes als eine Länderverschiebung, ohne daß die Bevölkerung irgendwie befragt worden wäre. Das ist das Schachfigurenschicksal der Elsaß-Lothringer, der Westpreußen und der Posener gewesen. Eine Volksabstimmung wurde für Teile Schleswigs und Ostpreußens festgesetzt und ergab, abgesehen von dem nördlichen Zipfel Schleswigs, auf der ganzen Linie ein Bekenntnis der Bevölkerung zu Deutschland. Indirekten Annexionen sollten die Bestimmungen über das Saarland und Oberschlesien den Weg ebnen. Diese Länder sollten zunächst einmal unter die Verwaltung der Interalliierten kommen, um so einer „friedlichen" Eroberung die Bahn frei zu machen. Die Polen haben das rasch begriffen und haben in Oberschlesien nicht weniger als viermal versucht, durch ein fait accompli das Land für sich zu reklamieren. Trotz all der Aufstandsversuche, trotz aller möglichen Schreckensmittel hat aber bei der entscheidenden Abstimmung im März dieses Jahres, die oberschlesische Bevölkerung zu über sechzig Prozent für Deutschland votiert. Das Resultat, das, namentlich auf dem isolierten Lande, ohne den ungeheuren Druck der Polen noch weit günstiger ausgefallen wäre, war also eine unzweifelhafte Mehrheit für Deutschland. Dem hätte nunmehr der Oberste Rat Rechnung zu tragen. Aber da das Ergebnis nicht den Erwartungen der Franzosen und Polen entspricht, so versuchen sie daran so lange zu drehen und zu deuteln, bis sie eine ihnen annehmbare Formel gefunden haben. Zunächst haben die Polen, unter schweigendem Duldung der französischen Truppen, fast das ganze oberschlesische Gebiet rechts der Oder durch einen Handstreich von Insurgenten und regulären Truppen in Zivil besetzt, um, mit der Faust auf den Schwertknauf, als Grundlage aller weiteren Verhandlungen „vollendete Tatsachen" zu schaffen.

Nach dem Anhang des Friedensvertrages hat die interalliierte Kommission in Oppeln neben dem genauen Bericht über den Hergang der Volksabstimmung dem Obersten Rat einen Vorschlag über die künftigen Grenzen Oberschlesiens zu machen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Kommission sich auf einen einheitlichen Vorschlag nicht einigen konnte, da die Franzosen, entgegen dem klaren Abstimmungsergebnis, das Land, und insbesondere das Industriegebiet, den Polen zusprechen wollen. Nun beschäftigen sich die einzelnen Ententeländer selbst mit dem Problem. Lloyd George hat sich, gleich den Engländern in der interalliierten Kommission, bereits ziemlich darauf festgelegt, daß die Polen keinen berechtigten Anspruch auf die Hauptgebiete Oberschlesiens machen dürften. In seiner Unterhausrede vom 13. Mai erklärte er klar und bestimmt, daß es gegenüber dem polnischen Insurgentenaufstand den Deutschen gestattet sein müsse, eine Provinz zu verteidigen, „die sechshundert Jahre lang gewiß nicht polnisch war." Die Italiener hatten sich in der Oppelner Kommission der englischen Ansicht angeschlossen, daß höchstens die beiden südlichen Kreise Pleß und Rybnik mit ihrer polnischen Majorität an Polen zuzuweisen seien. Dem fortwährenden Drängen Frankreichs scheint nun aber der italienische Außenminister Graf Sforza nachgeben und einen Kompromißvorschlag machen zu wollen. Die italienische Botschaft in Paris hat zwar mitteilen lassen, daß die Nachrichten über die Einzelheiten der Vergleichsvorschläge unrichtig seien. Aber doch nur die Einzelheiten. Die großen Umrisse des Kompromisses scheinen zu stimmen. Danach sollen einige Städte den Deutschen, einige kleine Industriegebiete an der Grenze den Polen zugeteilt und das Land dazwischen mit den Hauptindustriezentren in einen unabhängigen Staat umgewandelt werden. Nach einer anderen Meldung soll es sich dabei jedoch nur um ein Provisorium unter der Hoheit des Obersten Rates oder des Völkerbundes handeln. Wie dem auch sei, beide Annahmen widersprechen dem Versailler Friedensvertrage, der mit keinem Worte eine solche Drittelung in Betracht zieht. Deutschland verlangt eine klare und eindeutige Entscheidung auf Grund des unzweifelhaften Abstimmungsergebnisses. Die interalliierte Kommission hat selbst in ihren Bericht feststellen müssen, daß 716 406 gegen nur 471 406 polnische Stimmen entschieden haben. Und gerade das eigentliche Industriegebiet mit all den ausschlaggebenden Städten hat sich zu Deutschland bekannt. Sollen wir auch diese Ziffern noch einmal wiederholen? Es wurden Stimmen abgegeben in den Kreisen

	deutsch	polnisch
Gleiwitz	58 000	32 000
Kattowitz und Myslowitz	76 400	68 800
Königshütte	31 800	10 800
Beuthen	73 900	73 500
Hindenburg	45 200	43 000
	285 300	229 100

Wo ist da, auch nur in einem einzigen Kreise, eine polnische Mehrheit? Nirgends. Und trotzdem erklärte der französische Ministerpräsident Briand in seiner großen Kammerrede am 26. Mai: „Der französische Standpunkt sei der, daß die reichste Minengegend Polen zugesprochen werde." Und wie zum Hohn fügte er hinzu: „Wenn die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen hätte, dann würde sich Frankreich dem Votum fügen. Aber die Bevölkerung hat sich für Polen ausgesprochen." Wie erklären Sie, Herr Ministerpräsident, den Widerspruch zwischen den nackten Tatsachen und ihren Behauptungen? Aber Herr Briand muß zugeben, daß neben dem Wunsch der Einwohner (der bereits unzweideutig zum Ausdruck gekommen ist) auch die wirtschaftlichen Faktoren berücksichtigt werden müßten. Und er muß, zögernd, sogar eingestehen, daß die Befürchtungen anderer „Polen nicht un-